

Fragen

für die Fragestunde der 10. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 31. Januar 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	17, 18	Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	16
Alt, Renata (FDP)	35	Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 37
Bause, Margarete (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	67
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 68	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	20, 21
Bernhard, Marc (AfD)	13, 62	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 36
Boehringer, Peter (AfD)	51, 52	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 56
Brandner, Stephan (AfD)	30, 50	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73
Brandt, Michel (DIE LINKE.)	42, 43	Köhler, Lukas, Dr. (FDP)	87
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	65, 66	Kotré, Steffen (AfD)	84, 85
Christmann, Anna, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 57
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	22, 23	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 86
Fischer, Axel E. (Karlsruhe-Land) (CDU/CSU)	31, 63	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Friedhoff, Dietmar (AfD)	6, 7	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	64, 83
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	81, 82	Mansmann, Till (FDP)	8, 9
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77	Müller, Hansjörg (AfD)	44, 45
Gottschalk, Kay (AfD)	60, 61	Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	27, 28
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	24, 25	Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11
Herrmann, Lars (AfD)	38	Neu, Alexander S., Dr. (DIE LINKE.)	29
Höferlin, Manuel (FDP)	49		
Höhn, Matthias (DIE LINKE.)	12, 26		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Perli, Victor (DIE LINKE.)	15	Strasser, Benjamin (FDP)	40, 41
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5	Theurer, Michael (FDP)	58, 59
Renner, Martina (DIE LINKE.)	46	Wagner, Daniela (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	88, 89
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39, 55	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	71, 72
Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	1, 2	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	32, 53
Sommer, Helin Evrim (DIE LINKE.)	14, 47	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	90
Stein, Mathias (SPD)	74, 75	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	69, 70

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	24

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

1. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)

Welche Gründe sprechen nach Meinung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) dafür, eine Reformpartnerschaft mit Ägypten abzuschließen, wie sie der Bundesminister Dr. Gerd Müller anstrebt (<http://nachrichten.btg/index.php/news/perma/ID/68c12c3a7c4c65b4b27a320c06a8cf65/type/TNEWS>), und warum ist Ägypten in den Augen der Bundesregierung ein „Reformchampion“, dessen Reformorientiertheit sich „vor allem durch Verlässlichkeit, Rechtssicherheit und politischer Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger“ auszeichnet (zitiert aus dem Marshallplan mit Afrika, Kapitel 2.1 Neue Formen der Zusammenarbeit – Reformpartnerschaften)?
2. Abgeordnete
Eva-Maria Elisabeth Schreiber
(DIE LINKE.)

Wie weit sind Pläne und Umsetzung des „Ethiopian Jobs Compact“ (www.eib.org/infocentre/press/releases/all/2016/2016-212-european-investment-bank-president-pledges-support-for-jobs-compact-in-ethiopia-tackling-migration-and-refugee-challenge.htm), an dem die Bundesregierung über die Europäische Investitionsbank (EIB) sowie die Weltbank beteiligt ist, bisher fortgeschritten, und wie wird sichergestellt, dass die Menschen- und Arbeitsrechte der Flüchtlinge, die in den durch den Compact mitfinanzierten Industrieparks arbeiten sollen, geschützt werden?
3. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie begegnet die Bundesregierung der Kritik einer aktuellen Studie, wonach vom Grünen Innovationszentrum in Sambia „nur ein kleine[r] Teil der bessergestellten Kleinbauern“ www.zeit.de/wirtschaft/2018-01/sambia-bauern-landwirtschaft-entwicklungsministerium-hunger) profitiert, weil „die Mehrheit der kleinen Bauern gar nicht in der Lage“ (ebd.) sei, für die globalen Lieferketten von „Konzernen wie den Baumwoll- und Getreidehändler NWK Agri-Services, den Agrarhandlerriesen Cargill und den italienischen Molkereikonzern Parmalat“ (ebd.) zu produzieren, und inwieweit will die Bundesregierung bei Landwirtschaftsprojekten zukünftig stärker darauf achten, die von Hunger und Armut betroffenen Menschen

direkt zu erreichen, bspw. indem sie auf dezentralisierte, lokale Märkte und eine ökologische, lokal angepasste Landwirtschaft setzt, anstatt einseitig Produktivitätssteigerung voranzutreiben?

4. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit kümmern sich die Bundesregierung und die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vor dem Hintergrund der Eröffnung des neuen Migrationsberatungszentrum im Senegal am 23. Januar dieses Jahres, das auch zur Aufgabe hat, über Arbeitsmöglichkeiten vor Ort als Alternative zu Flucht und Migration zu informieren, darum, Arbeitsplätze im Fischereisektor im Senegal zu erhalten oder wieder neu zu schaffen, die unter anderem durch eine nicht nachhaltige EU-Fischereipolitik verlorengegangen sind (hierzu: www.boell.de/de/2017/09/19/sie-wollen-unsern-fisch-aber-uns-wollen-sie-nicht), und inwiefern setzt sie sich konkret in Brüssel für entwicklungs-förderliche Reformen der EU-Fischerei ein?
5. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viel deutsches Personal im Dienst der deutschen Entwicklungszusammenarbeit befindet sich, nach Kenntnis der Bundesregierung, zurzeit in der Islamischen Republik Afghanistan vor dem Hintergrund der Anschläge auf die Hilfsorganisation Save the Children am 24. Januar 2018 in Dschalalabad und auf das Intercontinental Hotel am 20. Januar 2018 in Kabul?
6. Abgeordneter
Dietmar Friedhoff
(AfD)

Wer kontrolliert seit 2015 im Jemen die Verwendung der eingesetzten Entwicklungshilfemittel?
7. Abgeordneter
Dietmar Friedhoff
(AfD)

Wie wird sichergestellt, dass die finanziellen Mittel nicht über Umwege den einzelnen Konfliktparteien zufließen und von diesen zweckentfremdet verwendet werden (Waffenkäufe etc.)?

8. Abgeordneter
Till Mansmann
(FDP) Welche Bedeutung misst die Bundesrepublik Deutschland der Initiative „Globale Bildungspartnerschaft (GPE)“ bei, und nimmt sie an der bevorstehenden Finanzierungskonferenz in Dakar teil oder beobachtet diese?
9. Abgeordneter
Till Mansmann
(FDP) Ist die Bundesrepublik hinsichtlich der Bildung von Kindern, insbesondere auch von Mädchen, in Entwicklungs- und/oder Schwellenländern vertragliche Verpflichtungen eingegangen, und wenn ja, inwieweit werden sie aus Sicht der Bundesrepublik derzeit eingehalten (bitte begründen)?
10. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Rückwirkungen vor, die ein Verfehlen der Pariser Klimaziele mit Folge einer Erderhitzung beispielsweise um 4 °C auf die Entwicklungspolitik der Bundesregierung hätte?
11. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Millenniumsziele wären nach Ansicht der Bundesregierung von einer Erderhitzung um 4 °C am stärksten betroffen und zwar in welcher Form?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

12. Abgeordneter
Matthias Höhn
(DIE LINKE.) Wird die Frage der Genehmigung des Modernisierungsdeals zwischen der Rheinmetall AG und der Türkei auf der Tagesordnung der kommenden Sitzung des Bundessicherheitsrats stehen?
13. Abgeordneter
Marc Bernhard
(AfD) Auf welche empirischen Studien, z. B. zur gesellschaftlichen Technikakzeptanz, bezieht sich die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei ihrer Einschätzung der gesellschaftlichen Bereitschaft in Deutschland zu disruptiven technologischen Veränderungen, die sie zu ihrer Aussage auf dem Jahrestreffen des World Economic Forum am 24. Januar 2018 in Davos veranlasst hat „Die Bereitschaft gerade in einem alternden Land wie

Deutschland, hierauf wirklich Bezug zu nehmen und sich hierauf einzulassen, ist – um es einmal vorsichtig zu sagen – nicht überausgeprägt“ und welche Informationen liegen der Bundesregierung über die gesellschaftliche Bereitschaft zu disruptiven technologischen Veränderungen in anderen Ländern bzw. in jüngeren Gesellschaften vor?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

14. Abgeordnete
Helin Evrim Sommer
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den mutmaßlichen Einsatz von Leopard-2-Kampfpanzern durch die türkische Armee bei der aktuellen Militäroperation „Olivenzweig“ gegen den kurdischen Selbstverwaltungskanton Afrin in Nordsyrien (vgl. www.sueddeutsche.de/politik/kriegswaffen-tuerkische-militaeroffensive-bringt-gabriel-in-bedraengnis-1.3836055, abgerufen am 23. Januar 2018), und wie begründet die Bundesregierung angesichts dessen ihre in Aussicht gestellte Unterstützung für die Nachrüstung der Leopard-2-Kampfpanzer, wenn diese nicht gegen die Terrormiliz Islamischer Staat eingesetzt werden, sondern zur Bekämpfung der Kurdenmiliz YPG dienen, die im Rahmen der internationalen Anti-IS-Koalition ein Partner der USA und Deutschlands ist?
15. Abgeordneter
Victor Perli
(DIE LINKE.)
- Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis über Planungen bzw. den unmittelbar bevorstehenden Angriff des türkischen Militärs und alliierter Milizen auf die kurdische Region Afrin in Syrien, und inwiefern war das ein Thema des Gesprächs zwischen dem Bundesminister Sigmar Gabriel und seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu am 6. Januar 2018 in Goslar?

16. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zum Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien, und hatte die Bundesregierung im Vorfeld der Invasion Informationen oder Kenntnis von den Plänen der türkischen Regierung, in Nordsyrien einzumarschieren?
17. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Ging nach Kenntnis der Bundesregierung von Afrin bzw. den Kräften der YPG/YPJ eine konkrete Bedrohung für die Türkei aus (bitte ggf. ausführen welche), und wenn nein, welche „legitimen Sicherheitsinteressen“ der Türkei sieht die Bundesregierung mit den Angriffen auf Afrin gewahrt (vgl. Äußerungen Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer unter www.tagesschau.de/ausland/afrin-107.html)?
18. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)
- Wurde die Bundesregierung über die Operation auf die kurdische Stadt Afrin im Vorfeld in Kenntnis gesetzt, und welche Konsequenzen zieht sie aus dem Beschuss der Zivilbevölkerung durch das türkische Militär und mit ihm verbündete Kräfte (<https://anfdeutsch.com/rojawa-syrien/gesundheitsrat-efrin-35-zivilisten-bei-angriffen-getoetet-1853>)?
19. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Woran ist das Zustandekommen einer Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zur Verurteilung des Angriffs der Türkei auf die kurdische Stadt Afrin nach Kenntnis der Bundesregierung gescheitert?
20. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, inwiefern die Offensive der Türkei gegen die Stadt Afrin in Nordsyrien unter Beteiligung von oder in Absprache mit dschihadistischen Kampfverbänden einschließlich Gruppierungen aus dem Umfeld der Al Quaida sowie früherer Kämpfer des Islamischen Staates erfolgt, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus bezüglich der Kooperation mit der Türkei insbesondere im Bereich der Terrorismusbekämpfung?

21. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnisse von der Anwesenheit von IS-Kämpfern in Afrin, und wenn nein, warum verwies die Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer bezüglich der von ihr benannten „legitimen Sicherheitsinteressen“ der Türkei auf Angriffe des IS auf die Türkei (www.tagesschau.de/ausland/afrin-107.html)?
22. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit war nach Kenntnis der Bundesregierung bis zum Beginn der türkischen Militäroffensive im Januar 2018 die Türkei nicht in einer Spannungs- und Krisenregion, in der eine fluide Situation herrschte, also eine Situation, in der die Bundesregierung in Kenntnis aller Umstände und im Zuge ihrer völkerrechtlichen Bewertung eine Abwägung zugunsten der Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern getroffen hat, und welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung abgesehen von Informationen einzig über die türkische Seite in der derzeitigen fluiden Situation, um Erkenntnisse über den möglichen Einsatz von aus Deutschland gelieferten Waffen an die Türkei (www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2018/01/2018-01-24-regpk.html) zu erlangen?
23. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten (auch nachrichtendienstliche) Kenntnisse hat die Bundesregierung, ob die türkische Militärintervention in Afrin die Bekämpfung der Terrormiliz IS zum Ziel hat, da sich im Nordwesten Syriens Stellungen des IS befinden, und welche konkreten (auch nachrichtendienstliche) Kenntnisse hat die Bundesregierung, ob die türkische Militärintervention gegen kurdische Einheiten nicht eher zu einer Schwächung des Kampfes gegen die Terrormiliz IS in Syrien führt?
24. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Türkei mit ihrem Einmarsch auf syrisches Territorium das Völkerrecht bricht?
25. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Schließt sich die Bundesregierung der Auffassung der AKP an, dass das Vorgehen der türkischen Armee in Kurdistan der Türkei nicht verboten werden kann, wenn, Zitat: „auch Deutschland

seine Interessen am Hindukusch verteidigt“ (www.deutschlandfunk.de/tuerkische-offensive-akp-politiker-sieht-einsatz.1939.de.html?drn:news_id=843083)?

26. Abgeordneter
Matthias Höhn
(DIE LINKE.)
- An welchem Tag fand das – am 17. Januar dieses Jahres vom Magazin „stern“ gemeldete – Treffen des Außenministers Sigmar Gabriel, dem Vorstandsvorsitzenden der Rheinmetall AG, Armin Pappberger und dem Lobbyisten Hans-Hermann Tiedje zum Thema Panzermodernisierung statt, und wurde der Umstand des Treffens damals öffentlich gemacht?
27. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz von Leopard-2-Panzern der türkischen Armee bei den Operationen gegen die Stadt Afrin, und welche Schlussfolgerungen zieht sie aus einem möglichen Einsatz dieser Waffensysteme bezüglich der Freigabe weiterer Rüstungsexporte bzw. eines kompletten Rüstungsstopps an die Türkei (www.zeit.de/politik/ausland/2018-01/bodenoffensive-afrin-kurden-merkel-syrien-eu-staaten-besorgnis)?
28. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Definiert die Bundesregierung den Jemen-Krieg inklusive der von Saudi-Arabien geführten Militärintervention tatsächlich ausschließlich als „innerstaatlichen bewaffneten Konflikt“ (stellvertretende Pressesprecherin des Auswärtigen Amts Maria Adebahr am 21. November 2017 in der Bundespressekonferenz; bitte die Antwort ausführlich und unter Bezugnahme auf die völkerrechtliche Position der Bundesregierung begründen)?
29. Abgeordneter
Dr. Alexander S. Neu
(DIE LINKE.)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, anlässlich der Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der Schlacht um Stalingrad eine Delegation in die Russische Föderation zu entsenden (bitte begründen), und wenn ja, aus welchen Mitgliedern soll diese bestehen?

30. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie viele der zum Stichtag 10. Januar 2018 in der Türkei inhaftierten 85 Deutschen besitzen eine doppelte Staatsbürgerschaft (Antwort der Staatsministerin Dr. Maria Böhmer auf die Mündliche Frage 46 in der 6. Sitzung am 17. Januar 2018)?
31. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung zukünftig die statistische Erfassung von Eingang, Bearbeitungsdauer und Entscheidung von Anträgen auf privilegierten Familiennachzug, bei dessen Gewährung kein Nachweis der Lebensunterhaltssicherung und ausreichenden Wohnraums als Voraussetzung für die Einreise der Familienangehörigen notwendig ist, und welche weitere Entwicklung der Antragszahl auf privilegierten Familiennachzug mit welchem Personalbedarf zur Bearbeitung dieser Anträge erwartet die Bundesregierung in den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2021?
32. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Unterstützt die Bundesregierung aufgrund des Vorgehens staatlicher Behörden Griechenlands gegen den früheren Chef des Hellenischen Statistikamts (Elstat), Andreas Georgiou, und anderer mutmaßlicher Verstöße gegen das Rechtsstaatsprinzip, über die u. a. „DIE WELT“ in ihrer Ausgabe vom 22. Januar 2018 („Die EU drückt beide Augen zu“, S. 5) berichtete, die Einleitung eines Strafverfahrens nach Artikel 7 des Vertrags über die Europäische Union gegen die Hellenische Republik?
33. Abgeordnete
Margarete Bause
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung hinsichtlich der Umstände der Verhaftung und des Verbleibs des chinesischen Bürgerrechtsanwalts Yu Wensheng, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen bzw. gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um auf seine Freilassung hinzuwirken?
34. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Enthalten die Verträge, etwaige Notenwechsel etc., die es im Zusammenhang mit der Herstellung und Lieferung russischer Brennelemente für den deutschen Forschungsreaktor FRM II gibt, nach Kenntnis der Bundesregierung Regelungen, dass das hochangereicherte Uran (HEU) für die Brennelemente für den FRM II aus Abrüstungs- bzw. Altbeständen stammen muss, also nicht neu

produziertes HEU sind darf (ggf. bitte Regelungen im Wortlaut angeben; die Frage zielt nicht auf betreffende technische bzw. technisch begründete Anforderungen, wie sie in der Antwort der Bundesregierung vom 10. Januar 2018 auf meine Schriftliche Frage 13 auf Bundestagsdrucksache 19/415 erwähnt werden), und falls nein, hat die Bundesregierung aus nichtverbreitungspolitischen Gründen versucht, auf entsprechende Regelungen hinzuwirken (bitte mit Begründung)?

35. Abgeordnete
Renata Alt
(FDP)

Über welche (über jene in der Bundespressekonferenz am 19. Januar 2018 genannten hinausgehenden) Erkenntnisse verfügt die Bundesregierung zu den Auswirkungen des vom ukrainischen Parlament verabschiedeten Reintegrationsgesetzes allgemein und zu seiner Vereinbarkeit mit dem Minsker Abkommen im Speziellen?

36. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Berichterstattung darüber, dass Rohingya in Flüchtlingslagern in Bangladesch – zum Beispiel durch die Androhung, dass ihnen Berechtigungsscheine zur Lebensmittelversorgung entzogen werden könnten – dazu gedrängt werden, nach Bangladesch zurückzukehren (<https://uk.reuters.com/article/uk-myanmar-rohingya-repatriation/tensions-mount-in-rohingya-camps-ahead-of-planned-relocation-to-myanmar-idUKKBN1FA0ED>), und in welcher Höhe stellt die Bundesregierung Mittel bereit, um die derzeitige finanzielle Versorgungslücke zu schließen (bitte nach humanitären, sowie mittel- und langfristig eingesetzten Mitteln aufschlüsseln)?

37. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Warum hat die Bundesregierung nach anfänglicher Verneinung der Zuständigkeit des amerikanischen Gerichts für die Klagen der Herero und Nama gegen die Bundesregierung wegen des Völkermordes im heutigen Namibia nun doch einen Vertreter zur Gerichtsanhörung am 25. Januar 2018 nach New York geschickt (dpa-Meldung „Völkermord in Namibia: Deutschland in US-Prozess offiziell vertreten“ vom 25. Januar 2018) und somit für eine offizielle Vertretung in diesem Prozess gesorgt, und inwieweit plant die Bundesregierung, Vertreter der Herero und Nama

mit in die Verhandlungen zwischen der deutschen und namibischen Regierung einzubeziehen, um deren Forderung nach offizieller Beteiligung entgegenzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

38. Abgeordneter
Lars Herrmann
(AfD)
- Warum wird die Bundespolizei – im Gegensatz zu den jeweiligen Polizeivollzugsbehörden der Länder (vgl. § 7 Absatz 3 des Luftsicherheitsgesetzes) – nicht regulär an der Zuverlässigkeitsüberprüfung gemäß § 7 des Luftsicherheitsgesetzes beteiligt?
39. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung Bemühungen des bayerischen Staatsministers der Finanzen, Markus Söder, nach Gründung eines Landesamtes für Asyl und Abschiebungen („Bayern-BAMF“) und einer eigenen Grenzschutzpolizei (vgl. u a. www.saarbruecker-zeitung.de/politik/inland/soeder-will-bayerische-asyl-und-abschiebebehoerdegruenden_aid-7078841; bitte begründen)?
40. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- Wie viele Vollzugskräfte der Bundespolizei mit der Zusatzausbildung „Personenbegleiter Luft“ standen konkret für die Begleitung der Sammelabschiebung am 23. Januar 2018 in Düsseldorf zur Verfügung (vgl. DER SPIEGEL Heft 04/2018; Süddeutsche Zeitung vom 23. Januar 2018)?
41. Abgeordneter
Benjamin Strasser
(FDP)
- War zu jedem Zeitpunkt des Planungsverlaufs gewährleistet, dass zur erfolgreichen Durchführung der Sammelabschiebung genügend Vollzugskräfte der Bundespolizei zur Verfügung stehen?
42. Abgeordneter
Michel Brandt
(DIE LINKE.)
- Warum sollen geflüchtete Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, da sie aufgrund ihres Bekenntnisses zum christlichen Glauben in Pakistan mit dem Tode bedroht sind, dennoch

durch Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abgeschoben werden (vgl. E-Mail vom 18. Januar 2018 vom Forum Asyl Pforzheim an mich und Pforzheimer Zeitung vom 27. Dezember 2017 www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Konvertiertem-Christ-droht-Abschiebung-nach-Pakistan-_arid,1204768.html), und wie bewertet die Bundesregierung die Sicherheitslage in Bezug auf christliche Minderheiten in Pakistan, einschließlich Übergriffen auf Gemeinden und Anzahl der Opfer in den letzten zehn Jahren?

43. Abgeordneter
Michel Brandt
(DIE LINKE.)
- Nach welchen Kriterien bewertet das BAMF die Glaubensfestigkeit dieser betroffenen Menschen, und aus welchem Grund reichen der Nachweis einer christlichen Taufe und die Erklärung eines Pfarrers nicht aus, um die Glaubensfestigkeit zu belegen?
44. Abgeordneter
Hansjörg Müller
(AfD)
- Wie wird sich die Bundesregierung zur geplanten Änderung der EU-Dublin-III-Verordnung im Rat der EU stellen, im Hinblick auf die in den Sondierungsgesprächen der GroKo vereinbarte Flüchtlingsobergrenze von um die 200 000 pro Jahr, nachdem Unions- und SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament bereits für die Änderung der Dublin-III-Regeln votierten, und ist eine solche Grenze durchsetzbar, wenn aufgrund der Änderung des Abkommens in Zukunft für das Asylverfahren derjenige EU-Mitgliedstaat zuständig sein soll, in dem bereits vermeintliche Verwandte des Asylsuchenden leben und nicht mehr, wie bisher, der EU-Ankunftsstaat (www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-eu-fluechtlingsplaene-alarmieren-bundesregierung-a-1187500.html)?
45. Abgeordneter
Hansjörg Müller
(AfD)
- Welche rechtssichereren Verfahren sind angedacht, einem möglichen, massiven Missbrauch vorzubeugen, insbesondere im Hinblick auf den Familiennachzug und die geplante Änderung der Dublin-III-Regelung, nachdem der Staatssekretär Dr. Ole Schröder im Rahmen der Fragestunde am 17. Januar 2018 verlautbarte, dass die Auskunft zum Verwandtschaftsgrad eines Asylsuchenden auf Basis einer mündlichen Befragung desselben festzustellen sei, wenn keine Dokumente vorliegen, und wie steht die Bundesregierung zu der avisierten Änderung der Dublin-III-Regeln, dass

der Familiennachzug nun auch für Personen gelten sollte, die erst während oder nach der Reise nach Europa mit einem Asylbewerber die Ehe geschlossen haben (www.krone.at/1622382)?

46. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Bei welchen Zeugen vor den NSU-Untersuchungsausschüssen des Bundes und der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Thüringen haben welche Bundesbehörden die Zeugenbeistände gestellt (bitte aufschlüsseln nach Untersuchungsausschüssen, Bundesbehörden und Namen bzw. Initialen der Zeugen und Zeuginnen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

47. Abgeordnete
**Helin Evrim
Sommer**
(DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Strafanzeigen in Deutschland gegen den ehemaligen Obersten Richter der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Mahmud Haschemi Schahrudi, der für ca. 2 000 Hinrichtungen und Folter von politischen Gefangenen, darunter auch zahlreichen Minderjährigen, verantwortlich sein soll, und welche Strafverfolgungsmaßnahmen wurden bislang gegen den Ayatollah veranlasst, der sich Medienberichten zufolge wegen einer medizinischen Behandlung kürzlich in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt, um mutmaßlichen Straftaten gegen das Völkerstrafrecht nachzugehen (vgl. www.giessener-allgemeine.de/regional/stadtgiessen/Stadt-Giessen-Kein-Platz-fuer-Todesrichter;art71,376578, abgerufen am 18. Januar 2018)?

48. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Teilt die Bundesregierung die Ideen des noch amtierenden Bundesministers Heiko Maas zur Verkürzung und Beschleunigung von Strafverfahren (vgl. MZ-web 22. Januar 2018: www.mz-web.de/29536190), unter anderem durch die Begrenzung von Beweis-, Verfahrens- und Befangenheitsanträgen, und wie wird sie bejahendenfalls in ihrem

dann vorzulegenden Gesetzentwurf gewährleisten, dass die Rechte von Beschuldigten sowie Nebenklägern nicht beschnitten werden?

49. Abgeordneter
Manuel Höferlin
(FDP)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass nur durch eine komplette Offenlegung des Quellcodes der Implementierung des besonderen elektronischen Anwaltspostfaches (beA) und einen öffentlichen Audit der Software durch unabhängige IT-Sicherheitsexperten das Vertrauen in die Sicherheit und Integrität des beA wiederhergestellt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

50. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welche Kosten sind der Bundesregierung und ihren nachgeordneten Behörden seit dem Jahr 2000 pro Jahr insgesamt für das Begleichen des Rundfunkbeitrags entstanden?
51. Abgeordneter
Peter Boehringer
(AfD)
- Wie steht die Bundesregierung dazu, dass die EU-Kommission gemäß dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates (COM(2017) 827 final) die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds nach Unionsrecht fordert?
52. Abgeordneter
Peter Boehringer
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung hierin eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips der EU, bzw. hält die Bundesregierung die von der EU-Kommission genutzte Rechtsgrundlage des Artikels 352 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union für einschlägig, stichhaltig und ausreichend?

53. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der Europäischen Kommission vom 5. Dezember 2017 zur Errichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF), der in der Rechtsordnung der Europäischen Union verankert werden und den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ablösen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

54. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch waren die Gasspeicherfüllstände in Deutschland zum letzten erfassten Zeitpunkt im Vergleich zum Vorjahr (bitte unter Angabe der Monatsfüllstände der vergangenen 24 Monate beantworten)?
55. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern wurden positiv beschiedene Voranfragen für Rüstungsexporte an Länder, die am Jemen-Krieg beteiligt sind, zwischenzeitlich widerrufen (vgl. Bericht „Exportstopp gilt unverzüglich“ in „taz die tageszeitung“ vom 19. Januar 2018, S. 6), und wie hoch ist der Wert der Rüstungsgüter, die gemäß dieser Darstellung in Voranfragen positiv beschieden wurden und nun nicht genehmigt werden?
56. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird sich die Bundesregierung in Anbetracht der türkischen Offensive gegen Kurden in Syrien jetzt doch dafür einsetzen, die technische Zusammenarbeit bei der Herstellung von Rüstungsgütern, wie die Rheinmetall AG sie mit einem türkischen Joint Venture auf den Weg gebracht hat, unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen?

57. Abgeordnete
Sylvia Kottling-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche einzelnen Akteure waren am Konsultationsprozess für das neue Energieforschungsprogramm der Bundesregierung beteiligt, und in welcher Form haben diese ihre jeweiligen Beiträge eingebracht (bitte möglichst detailliert aufschlüsseln)?
58. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Welche Zahlungsausfälle erwartet die Bundesregierung aus dem Kredit der Kreditanstalt für Wiederaufbau an Air Berlin?
59. Abgeordneter
Michael Theurer
(FDP)
- Welche weiteren Zahlungsausfälle erwartet die Bundesregierung durch die Insolvenz von Air Berlin beim Fiskus und der Bundesagentur für Arbeit?
60. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Auf welcher Gesetzesgrundlage rechtfertigt die Bundesregierung die staatliche Hilfe an Air Berlin durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau zum Nachteil der übrigen Mitbewerber und damit den Eingriff in die Marktwirtschaft?
61. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung das Ausfallrisiko des Restkreditbetrages in Anbetracht der Unterbesicherung des Darlehens und rechtfertigt dies gegenüber dem Steuerzahler?
62. Abgeordneter
Marc Bernhard
(AfD)
- Gibt es über die sechs im Rahmen des G20-Stahlforums vereinbarten „politischen Handlungsempfehlungen“, die in ihrer Rede beim Jahrestreffen des World Economic Forums am 21. Januar 2018 in Davos von der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel als „Fortschritte ... beim weltweiten Stahlforum, bei dem es um Dumping und fairen Handel geht“, im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft bezeichnet wurden, noch weitere konkrete Ergebnisse zum Nutzen der deutschen Stahlindustrie, die den Begriff „Fortschritt“ rechtfertigen würden, und aus welchen Gründen war trotz dieser erwähnten „Fortschritte“ nach Einschätzung

der Bundesregierung eine Fusion des deutschen Stahlkonzerns thyssenkrupp AG mit dem indischen Stahlkonzern Tata Steel notwendig, die zu einem prognostizierten Stellenabbau von ca. 2 000 Stellen in Deutschland führen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

63. Abgeordneter
Axel E. Fischer
(Karlsruhe-Land)
(CDU/CSU)
- Wie viele der Empfänger von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) (Hartz IV) sind Personen, die 2015 oder danach einen Antrag auf Asyl in Deutschland gestellt haben und/oder sich als privilegiert Familiennachgezogene in Deutschland aufhalten, und welche weitere Entwicklung der Größe dieser Personengruppe von Leistungsempfängern nach dem SGB II erwartet die Bundesregierung in den Jahren 2018, 2019, 2020 und 2021?
64. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Entwicklung, dass neben anderen preisverändernden Faktoren vor allem auch steigende Mieten für einen Anstieg der Kosten der Unterkunft (nach § 46 Absatz 2 SGB II und dem Vierten Kapitel SGB XII) verantwortlich sind, und sieht die Bundesregierung darin ein Ungleichgewicht zwischen staatlichen Transferleistungen auf der einen und staatlichen Investitionen in den sozialen Wohnungsbau auf der anderen Seite?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

65. Abgeordnete
**Christine
Buchholz**
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Flügen haben die in Jordanien stationierten RECCE-Tornados der Luftwaffe im Luftraum über Syrien seit Anfang des Jahres 2018 Aufklärungsbilder erflogen, und wie viele fanden davon jeweils über den kurdisch kontrollierten Kantonen Afrin, Kobane und Cizere statt?
66. Abgeordnete
**Christine
Buchholz**
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung die Weitergabe von Aufklärungsbildern in den Auswertungspool der US-geführten Operation Inherent Resolve (OIR) im Zusammenhang mit dem Einmarsch der türkischen Armee nach Idlib im Oktober 2017 oder nach Afrin im Januar 2018 geändert oder beabsichtigt sie, dieses zu tun, um den Zugriff des OIR-Partners Türkei auf diese Bilder zu unterbinden?
67. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche von der Bundeswehr oder dem Bundesnachrichtendienst zu der Region Rojava (auch im Rahmen von NATO-Einsätzen) erhobenen Aufklärungsdaten sind der türkischen Regierung grundsätzlich zugänglich (etwa aus Überflügen von Tornado- und AWACS-Flugzeugen, der seeseitigen Überwachung, aus SIGINT oder von Satelliten), und inwiefern hat die Bundesregierung diese Praxis nach dem aus meiner Sicht völkerrechtswidrigen Einmarsch türkischer Truppen und islamistischer Milizen in den Kanton Afrin infrage gestellt oder sogar revidiert?
68. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liefert die Bundesregierung der türkischen Regierung bzw. deren Militär für deren derzeitigen Angriff auf Kurden in Nordsyrien nützliche Aufklärungsdaten, etwa der in der Region stationierten Bundeswehraufklärungsflugzeuge – entgegen dem Entsendungsmandat des Deutschen Bundestages –, und kann die Bundesregierung ausschließen, dass während dieser Gefechte deutsche Leopard-2-Panzer der Türken eingesetzt oder durch deutsche Milan-Panzerabwehrraketen beschossen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

69. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Anträge auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2016 und 2017 bundesweit gestellt (jeweils pro Jahr insgesamt sowie nach Quartalen aufschlüsseln), und wie viele dieser Anträge wurden jeweils von Jobcentern gestellt?
70. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung die bundesweit durchschnittliche Bearbeitungsdauer für Anträge auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz im Jahr 2016, im Jahr 2017 sowie jeweils aufgeschlüsselt nach Quartalen dieser Jahre, und wie viele Verwaltungsverfahren zu Anträgen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz waren nach Kenntnis der Bundesregierung zum Stand 31. Dezember 2016, zum Stand 31. Dezember 2017 sowie zu den Quartalsenden der Jahre 2016 und 2017 noch nicht abgeschlossen?
71. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Bei wie vielen Einelternfamilien führte in den Jahren von 2013 bis 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung der Bezug von Unterhaltsvorschuss zu einer Verminderung von Sozialleistungen wie Kinderzuschlag, Wohngeld und Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (bitte aufschlüsseln nach Jahren und Leistung)?
72. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Hinblick auf die Anrechnung des Unterhaltsvorschusses auf Kinderzuschlag, Wohngeld und Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

73. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag eines strukturellen Dialogs für die Digitalisierung im Gesundheitswesen („Digitaldialog“, vgl. Handelsblatt vom 22. Januar 2018)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

74. Abgeordneter
Mathias Stein
(SPD)
- Bis wann plant die Bundesregierung, am Nord-Ostsee-Kanal den Betrieb neuer Bezahlmöglichkeiten für das Entrichten der Befahrungsabgabe für Sportboote aufzunehmen, und wie hoch sind die bisherigen Einnahmeausfälle durch die Aussetzung der Abgabe (bitte aufschlüsseln nach Kalenderjahren)?
75. Abgeordneter
Mathias Stein
(SPD)
- Wie viele Soll-Stellen sind bei der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung derzeit unbesetzt, und für wie viele dieser Stellen liegt eine Stellenausschreibung vor?
76. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse des von Stefan Paetow erstellten Gutachtens über einen möglichen Weiterbetrieb des Flughafens Berlin Tegel (Berliner Morgenpost vom 17. Januar 2018), und ist damit für die Bundesregierung ein Weiterbetrieb des Flughafens Berlin Tegel ausgeschlossen?

77. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann legt die Bundesregierung angesichts der schweren Unfälle in den vergangenen Wochen, bei denen Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer durch LKWs schwer verletzt bzw. getötet wurden (www.rbb24.de/panorama/beitrag/2018/01/radfahrer-bei-unfall-mit-lkw-gestorben.html), einen Gesetzentwurf für die Einführung von Abbiegeassistenzsystemen für LKW vor, und welche gesetzliche Verankerung würde die Bundesregierung für ein solches Gesetz vorschlagen?
78. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem im Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ (Nummer 4/2018, S. 67) genannten Gutachten von Prof. Dr. Georg Wachtmeister zu Nachrüstungen von Dieselfahrzeugen, und wann wird die Bundesregierung das Gutachten veröffentlichen?
79. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern unterstützt die Bundesregierung die Bestrebungen der EU-Kommissarin Elżbieta Bienkowska die im 2. RDE-Paket beschlossenen Konformitätsfaktoren für Stickoxidemissionen zu senken (vgl. https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2014-2019/bienkowska/announcements/strengthening-eu-environment-health-consumer-rights-standards-connection-recent-actions-member_en), und für welche Konformitätsfaktoren setzt sich die Bundesregierung diesbezüglich im Technical Committee on Motor Vehicles (TCMV) ein?
80. Abgeordnete
Dr. Anna Christmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen eingetretenen Risiken und weiteren möglicherweise eintretenden Risiken begründet die Bundesregierung die am 25. Januar 2018 bekannt gewordene weitere Kostensteigerung beim Projekt „Stuttgart 21“ von zuletzt 7,6 Mrd. Euro auf nunmehr 8,2 Mrd. Euro, und welche Lösungsvorschläge hat die Bundesregierung für den inzwischen nichtfinanzierten Kostenanteil in Höhe von rund 3,7 Mrd. Euro, den die Bauherrin Deutsche Bahn AG selbst anteilig nicht aus Eigenmitteln finanzieren kann (siehe SPIEGEL ONLINE vom 25. Januar 2018: www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/stuttgart-21-deutsche-bahn-rechnet-mit-mehr-als-acht-milliarden-euro-a-1189732.html)?

81. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Züge des Fernverkehrs der Deutschen Bahn AG sind im Jahr 2017 auf dem gesamten Fahrtverlauf oder auf Teilen ihres Fahrtverlaufs ausgefallen (bitte absolute Zahl und Anteil an allen Fernverkehrsverbindungen im Jahr 2017 angeben), und welche zehn Fernverkehrslinien der Deutschen Bahn AG waren im Jahr 2017 jene Linien mit den meisten Zugausfällen?
82. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die notwendigen Investitionskosten des von der Deutschen Bahn AG konzipierten Programms „Digitale Schiene Deutschland“, und ist der Bund finanziell in der Lage, die Kosten vollständig zu übernehmen (www.tagesschau.de/inland/bahn-willmehr-zugverkehr-101.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

83. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung den Effekt einer höheren Investition in den sozialen Wohnungsbau auf staatliche Transferleistungen wie die Kosten der Unterkunft nach dem Sozialgesetzbuch und dem Wohngeld sowie auf den Anstieg der Mietpreise ein?
84. Abgeordneter
Steffen Kotré
(AfD)
- Wie hoch sind die Investitionskosten für die fast vollständige Dekarbonisierung der Gesellschaft, wie sie im Pariser Weltklimaabkommen bis zum Jahr 2050 in Höhe von 95 Prozent Einsparung festgelegt sind (siehe DIE WELT vom 19. Januar 2018, Klimawende ...)?
85. Abgeordneter
Steffen Kotré
(AfD)
- Wie viele Elektroautos müssen nach Kenntnis der Bundesregierung bis zum Jahr 2050 auf deutschen Straßen unterwegs sein, um die bis dahin von Deutschland im Pariser Weltklimaabkommen zugesagte 95-prozentige Dekarbonisierung zu erreichen, und müssten, wie in einer Studie des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu lesen ist (siehe DIE WELT vom 19. Januar 2018,

- Klimawende ...), dann tatsächlich Landwirte ihren Kühen Methanpillen ins Futter mischen, um durch den geänderten Verdauungsprozess auch deren Treibhausgasemissionen zu verringern?
86. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird das Umweltbundesamt (UBA) die Zahlen zu vorzeitigen Todesfällen durch Stickoxidemissionen veröffentlichen (bitte unter der Angabe, wo die Veröffentlichung stattfinden wird), und woraus resultiert die nach meiner Information bisher erfolgte Verzögerung?
87. Abgeordneter
Dr. Lukas Köhler
(FDP)
- Welche Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Zulänglichkeit des nationalen Klimaschutzplans 2050 und auf rein nationale Klimaschutzmaßnahmen für die Klimaschutzziele 2020, 2030 und 2050 zieht die Bundesregierung aus den, vom Umweltbundesamt veröffentlichten Berechnungen zu den gestiegenen CO₂-Emissionen, insbesondere im Verkehrssektor, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus für die Cop24-Verhandlungen sowie für den Maßnahmenkatalog des Klimaschutzplans 2050?
88. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen deutschen Städten ist die aktuelle Luftschadstoffbelastung am höchsten (bitte Feinstaub, Stickstoffdioxid, Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid auflisten)?
89. Abgeordnete
Daniela Wagner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hat die Bundesregierung auf die Mahnungen hinsichtlich der Einhaltung der Luftqualität der EU-Kommission geantwortet?
90. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die offenbar auf Angaben der ehemaligen privaten Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) basierende Aussage (www.endlager-konrad.de/Konrad/DE/themen/umbau/umbaudauer/umbaudauer.html) der jetzigen Vorstandsvorsitzenden der staatlichen Bundesgesellschaft für Endlagerung, Ursula Heinen-Esser, die laut (www.haz.de/Nachrichten/Der-Norden/Uebersicht/So-haben-Sie-das-Atommuell-Lager-Asse-noch-nie-gesehen) die Inbetriebnahme

des geplanten dauerhaften Atommülllagers im Schacht Konrad für 2022 „fest im Blick“ habe, vor dem Hintergrund, dass Vertreter der damaligen Aufsicht im Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) bzw. jetzt des Bundesamts für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) wiederholt den Termin 2022 ausdrücklich als „nicht belastbar“ (z. B. www.deutschlandfunkkultur.de/endlager-suche-schacht-konrad-soll-es-richten.1001.de.html?dram:article_id=304119) bezeichnet haben, und welche neuen Kenntnisse hat die BfE, dass dieser Termin eingehalten werden könnte?

